

Beschluss

3/2010



aej

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V.

121. Mitgliederversammlung
18. bis 21. November 2010

Atomausstieg nachhaltig umsetzen

I) Einleitung

Die aktuelle Debatte um die Rücknahme des Atomausstiegs setzt viele Menschen in Bewegung. Unsere gemeinsame Zukunft ist in Frage gestellt, weil niemand die soziale und ökologische Verantwortung für die Folgen der heutigen Entscheidung übernehmen kann. Als evangelischer Jugendverband rufen wir die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft sowie unsere Mitglieder auf, aus den bisherigen Erfahrungen und ungelösten Problemstellungen mit der Nutzung der Atomenergie Konsequenzen zu ziehen und sich für eine Zukunft ohne Atomkraft einzusetzen.

II) Hintergründe

Dieser Aufruf nimmt den Beschluss "Keine Wiederaufbereitungsanlagen" der 89. Mitgliederversammlung 1986 und die "Ökologischen Leitlinien" der aej von 1994 auf und aktualisiert und ergänzt sie, weil sich in den letzten zehn Jahren die Problemfokussierung in der Atomkraftdebatte stark gegenüber den vorhergehenden Jahrzehnten geändert hat:

- a) Mit dem Atomkonsens wurde zur Jahrtausendwende der Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen und damit ein Wandel in der Energiepolitik in Deutschland eingeleitet. Der Ausbau regenerativer Energieerzeugung wurde seitdem stark gefördert. Heute leisten regenerative Energiequellen erstmals einen signifikanten Beitrag zur Energieerzeugung in Deutschland.
- b) Diese Entwicklung geht einher mit der akzeptierten Einsicht eines menschenverursachten aber abwendbaren Klimawandels. Zeitgleich steigt jedoch der weltweite Energiebedarf durch die beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung der Welt und das Bevölkerungswachstum. Eine nachhaltige globale Energieerzeugung, die die Nachfrage deckt, dabei aber den Klimawandel nicht weiter vorantreibt, ist daher heute nötiger als jemals zuvor. Mit dem Scheitern eines voranschreitenden Klimaabkommens im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention in Kopenhagen 2009 ist dieses Ziel jedoch weit entfernt und das Abwenden eines irreversiblen Klimawandels mit nicht absehbaren Folgen fraglich.
- c) Darüber hinaus hat die Atomkraftdebatte durch die energiepolitischen Entscheidungen der schwarz-gelben Bundesregierung in 2010 eine neue Aktualität und Brisanz erhalten. Durch die Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke vollzieht die Bundesregierung einen energiepolitischen Rückschritt und leitet den Ausstieg aus dem Ausstieg ein.
- d) Mit dem veränderten zeitlichen Hintergrund treten neue Argumente in die Atomkraftdebatte ein, alte Argumente gelten fort und/oder gewinnen neue Nuancen.

Insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels wird die vermeintliche CO₂-Neutralität oder Armut der Atomkraft als Argument für Atomenergie herangezogen. Allerdings werden hier

meist die Vorläufe der Energieerzeugung, wie die Rohstoffgewinnung sowie weitere sichere oder potenzielle Umweltverschmutzungen oder –gefährdungen durch den Betrieb, wie durch Stör- und Unfälle vernachlässigt. Grundsätzlich wird die Schwere und Langfristigkeit der Umweltgefährdung durch den Atommüll ignoriert.

Durch die gestiegene Summe der Förderungen der erneuerbaren Energien wird aktuell die Atomkraft besonders unter dem Licht der Kostengünstigkeit positiv dargestellt. Allerdings ist bekannt, dass die Atomkraft nur durch die Auslagerung und Nichtberücksichtigung von Kosten, wie z. B. für die Atommüllendlagerung, ihren vermeintlich günstigen Preis halten kann. Weiterhin steht die noch junge finanzielle Förderung der erneuerbaren Energien in keinem Verhältnis zu der längeren Förderung konventioneller Energien, wie der Atomkraft aber auch der Kohleförderung.

Eine neue Dynamik durch die Ereignisse der letzten zehn Jahre hat die Frage der Endlagerung der radioaktiven Abfälle, insbesondere aus Atomkraftwerken erhalten. Erstmalige Genehmigungen für Endlager stehen katastrophalen Erfahrungen aus Versuchslagern gegenüber. So zeigt insbesondere das skandalträchtige Versuchsendlager Asse, wie schwierig zuverlässiger Betrieb, Abschätzung technischer Eignung und langfristige Sicherheit sind.

III) Positionierung

Vor diesen aktuellen Hintergründen aktualisiert die Evangelische Jugend in Deutschland ihre Haltung zur Atomkraft und positioniert sich wie folgt:

Die Evangelische Jugend bekräftigt,

- a) dass es für sie eine vordringliche Aufgabe ist, im Kontext des konziliaren Prozesses von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sich der Problematik der Atomenergienutzung und ihrer Folgen für Mensch und Umwelt zu stellen und diese öffentlich bewusst zu machen,
- b) in Berufung auf das Evangelium Jesu Christi, welches dem Leben des Menschen verpflichtet ist, für eine Umkehr auf diesem lebensfeindlichen Weg der Energieproduktion einzutreten,
- c) als Vertreter(innen) von Kindern und Jugendlichen die Stimme gegen eine Risikotechnologie zu erheben, deren Nutzung nicht nur uns in der Gegenwart, sondern durch ihre über Jahrtausende strahlenden Rückstände auch unzählige Generationen nach uns belastet.

Sie fordert daher,

- a) die Rücknahme des Ausstieges aus dem Atomausstieg und der Restlaufzeitverlängerung von Atomkraftwerken über das Jahr 2022 hinaus,
- b) das Abschalten der ältesten und besonders störungsanfälligen Reaktoren in Deutschland bis Dezember 2011,
- c) den zügigen globalen Ausstieg aus der Atomtechnologie zur Energiegewinnung und militärischen Nutzung.

Ebenso fordert sie,

- a) ein ergebnisoffenes und transparentes Verfahren der Suche und Genehmigung von Endlagern,
- b) die Rückholung des in der Asse eingelagerten Atommülls, da diese Option am ehesten dem Aspekt der Langzeitsicherheit bei der Stilllegung Rechnung trägt,
- c) keine Exporte zur Endlagerung von deutschem Atommüll ins Ausland,
- d) Atommüllendlager nur zu genehmigen, wenn die Rückholbarkeit des Atommülls als künftige Option möglich ist.

Sie lehnt vor dem Hintergrund des Klimawandels die Nutzung von Atomkraft als Brückentechnologie ab und fordert stattdessen

- a) ein faires, ehrgeiziges und rechtlich verbindliches globales Klimaabkommen im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention,
- b) ein globales energiepolitisches Umsteuern von der Nutzung fossiler Energien und Atomenergie hin zu einer nachhaltigen Energieerzeugung,
- c) für Deutschland den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und dazugehöriger Technologien, wie Netz- und Speicherinfrastruktur, mit dem Ziel einer 100% Energieproduktion aus erneuerbaren Energien bis 2050.

Als Dachverband verpflichtet sich die aej

- a) weiterhin und verstärkt öffentlich gegenüber Politik, Kirche und Gesellschaft gegen die Nutzung der Atomenergie einzutreten,
- b) in einem ganzheitlichen Nachhaltigkeitsverständnis Klimagefahren nicht gegen andere Umweltgefahren aufzuwiegen und
- c) die Atomenergieproblematik in ihr Nachhaltigkeitsmanagement zu integrieren und auf Atomenergie zu verzichten

und ruft die Mitglieder auf

- a) sich in der neu aufgelebten Atomenergiedebatte, für die uns von Gott im Herrschaftsauftrag (Genesis 1, 28) gegebene Verantwortung zur Bewahrung der Schöpfung einzusetzen,
- b) sich mit der Thematik in ihren Gremien zu befassen, klar Stellung zu beziehen und mit der Umstellung auf Ökostrom den Atomausstieg im Kleinen zu vollziehen (sie verweist dabei u. a. auf den Beschluss des Verbandspolitischen Ausschusses (VPA) der Evangelischen Jugend in Bayern vom 18.10.2010 und auf die Broschüre „Powered by heaven“/ejbo)

und sie ermutigt Kinder und Jugendliche, sich an den vielfältigen und gewaltfreien Protesten gegen die derzeitige Atom- und Energiepolitik der Bundesregierung zu beteiligen.

Anlagen

- Beschluss des Verbandspolitischen Ausschusses der Landesjugendkammer in Bayern vom 18. Oktober 2010
- Broschüre „Powered by heaven“/ejbo

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich, 1 Gegenstimme, 6 Enthaltungen

Beschluss

des Verbandspolitischen Ausschusses der Landesjugendkammer in Bayern vom 18. Oktober 2010

Leider hat sich der Klimaforscher Professor Grassl vom Max-Planck-Institut in Hamburg getäuscht. Die Atomenergie sei durch, die eigentlichen Themen lägen im Klimawandel, antwortete er in der Landesjugendkammer der EJ-Bayern. Gefragt war seine Meinung, ob man gegen den Einsatz von Atomenergie noch politisch aktiv werden müsse. Das ist nun zwei Jahre her. Die Zeiten ändern sich. Inzwischen steht die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke unmittelbar bevor. Alles was bislang an politisch-gesellschaftlichem Konsens erarbeitet wurde und ökologisch vernünftige tragfähige Wege in die Zukunft eröffnete wird von den Zielen der CDU-CSU-FDP-Regierung über den Haufen geworfen. Für wirtschaftliche Ausgleichszahlungen werden unkalkulierbare Risiken für kommende Generationen in Kauf genommen. Der tatsächliche Eintritt in eine Zukunft erneuerbarer Energieversorgung wird so unterlaufen, verzögert, verhindert. Aus der Verantwortung für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen der Evangelischen Kirche heraus sprechen wir uns nachdrücklich gegen eine Laufzeitverlängerung der Atomenergie aus. Die Fehler der Banken- und Wirtschaftskrise werden sonst als Risikozuschlag auf dem Rücken der heutigen und der zukünftigen Kinder abgeladen. So etwas darf nicht sein. Denn es gibt politische, wirtschaftliche und ökologische Alternativen. Wir bitten die jungen Menschen: Macht deutlich, dass es um eure Zukunft geht. Sagt es, mailt es, demonstriert für eine Zukunft ohne Atomenergie.